

## Ruf nach generellem Diskriminierungsverbot

### Empfehlungen des Antirassismus-Komitees der Uno an die Schweiz

Das Uno-Komitee gegen Rassendiskriminierung (Cerd) hat die Schweiz aufgefordert, den Dialog zur Bekämpfung von Rassismus und die Toleranz in der Gesellschaft zu fördern. Das Gremium hat am Freitag seine Empfehlungen an die Schweiz veröffentlicht.

mri. Genf, 15. August

Das Uno-Komitee gegen Rassendiskriminierung (Cerd) hat die Schweiz aufgefordert, mehr zur Bekämpfung von Rassismus zu unternehmen. Das Uno-Gremium veröffentlichte am Freitag in Genf seine Empfehlungen zum Länderbericht, den die Schweiz vorgelegt hatte, wie das alle 173 Vertragsstaaten der Antirassismuskonvention regelmässig tun müssen. Die Schweiz habe keine wirklichen Fortschritte bei der Bekämpfung von rassistischer und fremdenfeindlicher Haltung gegenüber Schwarzen, Muslimen, Fahrenden, Immigranten und Asylsuchenden gemacht, bedauert das Cerd. Es fordert die Schweiz auf, den Dialog zwischen ethnischen Gruppen und die Toleranz in der Gesellschaft zu fördern, vor allem auf der Ebene der Kantone und Gemeinden. So verfügten erst zehn Kantone über ein Antidiskriminierungsgesetz.

#### Kritik an Polizeigewalt

Das Komitee befürchtet, dass Kantone und Gemeinden die Antirassismuskonvention nicht umsetzen, und fordert den Bundesrat auf, sich «proaktiv» dafür sowie für Überwachungsmechanismen in allen Kantonen einzusetzen. Mit Blick auf die Ungleichbehandlung von Ausländern aus dem EU/Efta-Raum und solchen aus andern Staaten wird die Schweiz aufgefordert, den Rückzug ihres entsprechenden Vorbehalts zur Konvention zu prüfen und sicherzustellen, dass Einwanderungspolitik und -gesetze weder absichtlich noch unabsichtlich zu Diskriminierungen führten.

Positiv vermerkt das Komitee, dass Polizisten seit 2007 vor ihrer Einstellung auf nationaler Ebene geprüft würden, und dies auch unter ethischen und menschenrechtlichen Aspekten. Das 18-köpfige Expertengremium kritisiert hingegen die Zunahme von Berichten über eine exzessive Anwendung von Gewalt durch die Polizei vor allem gegen Menschen afrikanischer Herkunft. Die Schweiz möge dies unterbinden, unabhängige Untersuchungen einführen und für eine angemessene Bestrafung der Täter sorgen. Neben einer Ausbildung für die Polizei in Zusammenarbeit mit der Eidgenössischen Kommission gegen Rassismus (EKR) empfiehlt das Cerd die Rekrutierung von Angehörigen von Minderheiten für die Polizei. Weiter solle die Schweiz das Zusatzprotokoll zur Antifolterkonvention ratifizieren, das unangemeldete Gefängnisbesuche erlaubt.

#### Freiheitsrechte nicht absolut

Das Cerd begrüsst die Rechtsprechung des Bundesgerichts mit Blick auf die Rassismus-Strafnorm, die es ermögliche, rassistische Reden und rassistisches Verhalten wirksamer zu bekämpfen. Die Rassismus-Strafnorm war im September 1994 vom Volk angenommen worden und trat Anfang 1995 in Kraft. 2006 mussten sich die Behörden nach Angaben der EKR 49 Mal mit Rassismus-Fällen befassen. Das Cerd erklärt sich aber besorgt darüber, dass die Schweiz Vorbehalte hat gegenüber einem Verbot von Hassreden. Die von der Schweiz angeführte Meinungs- und Versammlungsfreiheit habe keine absolute Gültigkeit, denn rassistische Aktivitäten und Organisationen müssten gemäss Konvention verboten werden. Diesbezüglich sei das Cerd besorgt über die Rolle, die einige politische Organisationen und Parteien bei der Zunahme von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit in der Schweiz spielten.

#### Für ein umfassendes Gesetz

Das Cerd fordert weiter eine umfassende Gesetzgebung zu einem Diskriminierungsverbot, das nicht nur das Strafrecht, sondern auch den zivilrechtlichen Bereich umfasst. Die Schweiz solle einen nationalen Plan und Vorschriften auf allen staatlichen Ebenen gegen Rassendiskriminierung, Fremdenfeindlichkeit und andere Formen von Intoleranz verabschieden. Eine umfassende Definition direkter und indirekter Rassendiskriminierung sollte alle Bereiche des Rechts und des öffentlichen Lebens umfassen. Im Übrigen rief das Cerd die Schweiz dazu auf, eine nationale Menschenrechtsinstitution zu schaffen.

Die EKR begrüsst die Empfehlungen des Cerd. Die Kritik an Polizeiübergriffen und die Forderung nach einem umfassenden Diskriminierungsverbot zählten für die EKR zu den wichtigsten Punkten, sagte Doris Angst, Leiterin des EKR-Sekretariats, auf Anfrage. Eine neue Phase solle nun eingeleitet werden, die bei der Bekämpfung von Rassendiskriminierung weiter als das Strafrecht gehe. Die EKR hatte wie einige Nichtregierungsorganisationen dem Cerd ebenfalls einen Bericht eingereicht.